

© PantherMedia/Tomasz Majchrowicz



In Oberösterreich gehen die Wogen in den neuen Primärversorgungseinheiten hoch. Die Staatsanwaltschaft ermittelt.

Konflikt in Ärztenetz

Die neuen Primärversorgungseinheiten bergen offenbar auch das Risiko zu internen Konflikten bei den Ärzten.

LINZ/WIEN. Primärversorgungseinheiten sollen künftig in Form von Zentren oder Netzwerken den Spitalsbereich entlasten und neue Versorgungsformen im niedergelassenen Bereich schaffen. Gerade für junge Allgemeinmediziner sollen sie zudem eine attraktivere Alternative zur Einzelpraxis darstellen. Allerdings scheint es in manchen der neuen Einheiten auch zu Kriseln.

Rund um die Anschaffung einer Software für ein Primärversorgungsnetzwerk in Oberösterreich ermittelt derzeit die Staatsanwaltschaft Steyr gegen den Geschäftsführer wegen des Verdachts möglicher Kickback-Zahlungen. Dadurch könnten die am Zentrum beteiligten Ärzte geschädigt worden sein. Der Geschäftsführer betreut gleich mehrere derartige Zent-

ren in Oberösterreich, weil der Rahmenvertrag mit den Kassen vorsieht, dass es auch Mittel für einen kaufmännischen Geschäftsführer in den neuen Einheiten gibt.

Kickback-Zahlung im Visier

Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts des Betruges und der Geschenkannahme von Bediensteten oder

Beauftragten. Demnach soll der Geschäftsführer für die Firmen-EDV ein Angebot eingeholt haben. Es bestehe der Verdacht, dass in diesem eine Position enthalten gewesen sei, der keine Leistung gegenüberstehe und die daher als Kickback-Zahlung an den Geschäftsführer geplant gewesen sein könnte.

OÖGKK sieht keinen Schaden

Die Ermittlungen dazu sind aber laut Staatsanwaltschaft noch im Laufen, ein Abschlussbericht der Polizei liegt noch nicht vor. Zudem werde nicht nur gegen den Geschäftsführer, sondern auch gegen unbekannte Täter ermittelt – hier geht es um die Frage, ob ihn in der EDV-Firma jemand bestochen habe.

Der Verdächtige hatte sich zuletzt massiv gegen die erhobenen Vorwürfe gewehrt; die Software sei letztendlich gar nicht gekauft worden. Als Grund der Anschuldigungen machte er eine „Schlammeschlacht“ seitens des Ehemannes einer ehemals dort arbeitenden Ärztin aus, der selbst den Job des Geschäftsführers angestrebt habe. Dieser verneint das. Die OÖGKK ist mittlerweile jedenfalls zum Ergebnis gekommen, dass ihr und dem Land kein finanzieller Schaden entstanden sei. (red)

Medikamente reduzieren

Modellprojekt in Kärnten zeigt erste Erfolge.

KLAGENFURT. Die gleichzeitige Einnahme von mehreren verschriebenen Medikamenten kann gerade bei älteren Patienten für Probleme sorgen. In Kärnten haben aus diesem Grund sogenannte Polypharmazie-Boards die Arbeit aufgenommen. Dabei handelt es sich um Expertenteams, die die Medikation von Patienten unter die Lupe nehmen und entscheiden,

ob man gewisse Medikamente auch weglassen könnte, sagte die Kärntner Gesundheitsreferentin Beate Prettnner (SPÖ). Sowohl im Klinikum Klagenfurt als auch im Landeskrankenhaus Villach tagen in regelmäßigen Abständen Expertengruppen. Hauptverbandsvorsitzender Alexander Biach sagte, Kärnten sei Vorreiter „im sorgsamem Umgang mit Medikamenten“. (rüm)



Prettnner und Biach zogen Zwischenbilanz über Arzneimittelprojekt in Kärnten.